

Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs zur Reform des Einkommensteuergesetzes“ auf den Freistaat Thüringen



Teil II

**Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ auf
repräsentative Fälle in Thüringen**

Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkungen	3
I. Grundlagen der Berechnung.....	3
I.1. Der „Karlsruher Entwurf“	3
I.2. Anpassung der Bemessungsgrundlage	4
I.2.1. Allgemein.....	4
I.2.2. Im Einzelnen.....	6
I.2.2.1. Gewinneinkünfte	6
I.2.2.2. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.....	7
I.2.2.3. Kapitaleinkünfte	8
I.2.2.4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.....	8
I.2.2.5. Sonstige Einkünfte	8
I.2.2.6. Abzüge	9
II. Auswertungen	9
II.1. Entwicklung der Steuerbelastung insgesamt.....	9
II.2. Entwicklung der Steuerbelastung nach der Höhe der Einkünfte	10
II.3. Entwicklung der Steuerbelastung nach Haupteinkunftsquellen.....	12
II.3.1. Arbeitnehmer	12
II.3.2. Rentner.....	14
II.3.3. Betriebliche Einkunftsquellen.....	15
III. Schlussbemerkung	17

Anlagenverzeichnis

Anlage

- 1 - Darstellung Tarifverlauf
- 2 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für alle Steuerpflichtigen
- Gesamt -
- 3 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für alle Steuerpflichtigen
- Ledige -
- 4 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für alle Steuerpflichtigen
- Verheiratete -
- 5 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Arbeitnehmer
- Gesamt -
- 6 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Arbeitnehmer
- Ledige -
- 7 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Arbeitnehmer
- Verheiratete -
- 8 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Betriebliche Einkünfte
- Gesamt -
- 9 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Betriebliche Einkünfte
- Ledige -
- 10 - Vergleich Steuerbelastung 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ nach Einkunftsgruppen für Betriebliche Einkünfte
- Verheiratete -
- 11 - Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

0. Vorbemerkungen

Im Mai 2001 wurde von den Mitgliedern des Karlsruher Arbeitskreises – unter Vorsitz von Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Dr. Paul Kirchhof – der „Karlsruher Entwurf zur Reform des Einkommensteuergesetzes“ (im Folgenden „Karlsruher Entwurf“) der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Auswirkungen dieses Entwurfs auf die Steuerbürger im Freistaat Thüringen sollten an Hand von realen Steuerfällen berechnet werden. Auf der Grundlage statistischer Erhebungen (siehe hierzu Teil I) wurden die Daten von 310 Steuerpflichtigen als repräsentativer Durchschnitt für die Struktur der Steuerpflichtigen in Thüringen erfasst und anonymisiert.

Aufgrund der im „Karlsruher Entwurf“ vorgesehenen geänderten Besteuerung von Renteneinkünften wurden zusätzlich 26 Rentner mit überwiegend Renteneinkünften in die Untersuchung einbezogen. Grundlage für die Auswahl bildeten die statistischen Daten zur Gesamtzahl der Rentner, der bisher steuerlich erfassten Rentner und zur Höhe der bezogenen Renten in Thüringen.

Insgesamt liegen der Untersuchung somit die Daten von 336 Steuerpflichtigen zu Grunde. Diese sind in 218 Steuerfällen erfasst; zusammenveranlagte Ehegatten bilden einen Steuerfall.

Für die ausgewählten Steuerfälle wurden die Daten des Veranlagungszeitraumes 2000 erfasst. Dieser bildet die Vergleichsgrundlage zu den Auswirkungen der Änderungen, die der „Karlsruher Entwurf“ vorsieht.

I. Grundlagen der Berechnung

I.1. Der „Karlsruher Entwurf“

Ziel des „Karlsruher Entwurfes“ ist es, eine drastische Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes durch eine Rückführung auf wenige, tragende Grundprinzipien zu erreichen.

- Es soll zukünftig keine Unterscheidung nach Einkunftsarten mehr erfolgen – den Maßstab für die Steuerbarkeit von Einkommen soll allein das erwerbswirtschaftliche Handeln bilden; das Welteinkommensprinzip behält seine Gültigkeit. Damit verbunden ist eine weitgehende Erfassung aller Einkommen (unter Wegfall vieler bisheriger Steuerbefreiungen und -vergünstigungen) einschließlich aller Veräußerungsvorgänge unabhängig von Fristen.
- Ausnahmetatbestände und Steuersubventionen, wie sie bisher bei der Ermittlung der Einkünfte als Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigt wurden, sollen beseitigt und nicht mehr bei der Einkünftermittlung berücksichtigt werden. Dies betrifft z.B. Fahrtkosten zwischen Wohnung und Betrieb/Arbeitsstätte und verschiedene Abschreibungsmöglichkeiten.

- Als Abzüge von den Erwerbseinkünften sollen mittels Grundfreibetrag nur noch die existenznotwendigen Ausgaben des Steuerpflichtigen für sich und seine Familie bzw. unterhaltsberechtigten Personen zugelassen werden. Darüber hinaus können noch Ausgaben, die dem Gemeinwohl dienen (z.B. Spenden), abziehbar sein. Die Beseitigung weiterer Lenkungsnormen ist vorgesehen.
- Für Zukunftssicherungsleistungen ist die nachgelagerte Besteuerung geplant.
- Bei Ehegatten bleibt das bisherige Splittingverfahren erhalten.

Auf das nach den o.g. Grundsätzen ermittelte Einkommen wird nach dem „Karlsruher Entwurf“ ein linear progressiver Steuertarif mit Steuersätzen zwischen 15 % und 35 % angewendet.

	Geltende Rechtslage		Karlsruher Entwurf
	2001	2005	
Tarifart	Linear-progressiv		linear-progressiv
Grundfreibetrag (DM)	14.094	14.990	16.000
Eingangssteuersatz	19,9 %	15 %	15 %
Spitzensteuersatz	48,5 %	42 %	35 %
ab Einkommen (DM)	107.568	102.000	54.001

(zum Tarifverlauf siehe Anlage 1)

Das Existenzminimum eines Kindes soll einheitlich über ein Kindergeld von 470 DM pro Kind und Monat (585 DM für behinderte Kinder) berücksichtigt werden.

I.2. Anpassung der Bemessungsgrundlage

I.2.1. Allgemein

Ausgehend von den vorhandenen, aus den Steuererklärungen abrufbaren Daten wurde für die zu untersuchenden Fälle eine Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer vorgenommen, wie sie im „Karlsruher Entwurf“ vorgesehen ist.

Dabei erfolgte zunächst eine Anpassung der Einkünfte, die noch getrennt nach Einkunftsarten erfasst sind, an die Beseitigung der verschiedenen Ausnahmetatbestände, Lenkungsnormen bzw. geänderte Bewertungsvorschriften. Die korrigierten einzelnen Einkünfte wurden dann zum

Erwerbseinkommen zusammen gerechnet; Beiträge für die Zukunftssicherung wurden berücksichtigt.

Einige der für eine exakte Ermittlung des Erwerbseinkommens entsprechend dem „Karlsruher Entwurf“ erforderlichen Daten sind in den Steuererklärungen jedoch nicht enthalten bzw. konnten nicht erfasst werden. Dies betrifft insbesondere:

- Veräußerungsgewinne im (bisherigen) Privatvermögen, soweit sie nach Ablauf der geltenden Fristen entstanden sind oder unter der geltenden Freigrenze gelegen haben (in Anbetracht der Übergangsregelung – nur Erfassung von Wertsteigerungen, die nach Inkrafttreten der Neuregelung eintreten – wären für die vorgenommene Untersuchung nur sehr eingeschränkte Auswirkungen zu erwarten gewesen, da diese sich nur auf das Erstjahr beziehen kann)
- die spätere Besteuerung stiller Reserven bei Entnahmevorgängen
- Auswirkungen von Buchwertübertragungen
- Beiträge und Leistungen zur Zukunftssicherung bei privaten Versorgungsträgern (nachgelagerte Besteuerung nur für Neuabschlüsse)
- den Wegfall verschiedener Steuerbefreiungen.

Hinsichtlich des Wegfalls von Steuerbefreiungen, insbesondere der Steuerfreiheit der Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge, wurden Pauschalierungen bzw. Ergänzungen nach statistisch ermittelten Daten vorgenommen (siehe unten I.2.2.2).

Die Auswirkung weiterer entfallender Regelungen konnte nicht untersucht werden, da diese im Veranlagungszeitraum 2000 strukturbedingt in keinem der untersuchten Fälle zur Anwendung kamen, beispielsweise:

- degressive Gebäudeabschreibung (§ 7 Abs. 5 EStG)
- Abschaffung der beschränkten Berücksichtigung von Verlusten bei KG-Beteiligungen (§ 15a EStG)
- Streichung der Freibeträge bei Veräußerungs- und Aufgabegewinnen (§§ 14a, 16 Abs. 4 EStG).

Vom Erwerbseinkommen wurden die nach § 14 des „Karlsruher Entwurfs“ möglichen Abzüge vorgenommen. Hierfür wurden die diesen entsprechenden Sonderausgaben bzw. außergewöhnlichen Belastungen aus der Steuererklärung des Jahres 2000 verwendet.

Auf das so ermittelte zu versteuernde Einkommen wurde der Steuertarif ohne Besonderheiten angewendet. Die bisherigen ermäßigten Besteuerungen sind nicht mehr vorgesehen. Das Kindergeld wurde zunächst nachrichtlich ermittelt. Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse wurde das entsprechende Kindergeld sowohl von der festgesetzten Einkommensteuer 2000 als auch von der Einkommensteuer nach dem „Karlsruher Entwurf“ abgezogen.

I.2.2. Im Einzelnen

I.2.2.1. Gewinneinkünfte

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit des Jahres 2000 wurden wie folgt angepasst:

- degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter:
 - Verringerung des Gesamtbetrages um 1/3, davon 25 % für Neuanschaffung¹
- lineare AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter:
 - Verringerung des Betrages um 20 % für die Verlängerung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, davon 10 % für Neuanschaffungen¹
- AfA für unbewegliche Wirtschaftsgüter:
 - Verringerung des Abschreibungsbetrages um 50 % (für Senkung des Abschreibungssatzes von 4 % auf 2 %), davon 5 % für Neuanschaffung/Herstellung¹
- weitere Abschreibungen:
 - Hinzurechnung der vorgenommenen erhöhten Abschreibungen (z.B. nach § 7g EStG) und Teilwertabschreibungen
- Rücklagen:
 - Hinzurechnung der neu gebildeten Rücklagen nach §§ 7g, 6b und 6c EStG
- Rückstellungen/Verbindlichkeiten/Forderungen:
 - pauschale Hinzurechnung von 1 % des Gesamtbetrages der Rückstellungen für Höherbewertung und höhere Abzinsung
 - pauschale Hinzurechnung von 0,5 % des Betrages der unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Verbindlichkeiten für höheren Abzinsungssatz
 - Abzug für (erstmalige) Abzinsung von Forderungen
 - Übergangsregelung wurde berücksichtigt (Verteilung auf 4 Jahre = ¼ des jeweiligen Betrages)
- Rechnungsabgrenzungsposten:
 - Hinzurechnung passiver und Abzug aktiver Rechnungsabgrenzungsposten, Berücksichtigung der Übergangsregelung (Verteilung auf 4 Jahre)

¹ Es wurde davon ausgegangen, dass die neuen Vorschriften nur auf Wirtschaftsgüter anzuwenden sind, die nach deren Inkrafttreten angeschafft werden.

- Geringwertige Wirtschaftsgüter:
 - Abzug der Differenz zwischen Anschaffungskosten und vorgenommener AfA für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 800 DM und 1.000 DM
- weitere Betriebsausgaben:
 - Hinzurechnung der Ausgaben für ein häusliches Arbeitszimmer und Fahrten zwischen Wohnung und Betrieb
 - Abzug von aufgrund § 4 Abs. 4a EStG nicht abgezogener Schuldzinsen

I.2.2.2. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit wurden in zwei Stufen angepasst:

Anpassung der Einnahmen

Dem erfassten Bruttoarbeitslohn wurden folgende weitere Einnahmen hinzugerechnet:

- aus steuerfreien geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen
- Einkommensersatzleistungen
- steuerfrei gezahlter Fahrtkostenersatz
- Abfindungen (Bruttobetrag)
- steuerfreie Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge
 [Diese wurden entsprechend statistischer Erhebungen bei 36 Arbeitnehmern zusätzlich angesetzt. Die Höhe betrug 6,25 % des Brutto Lohnes (Daten ermittelt aus Statistiken des Thüringer Landesamtes für Statistik und Angaben der Zentralen Gehaltsstelle Thüringen)].
- Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung
 [An Hand der einzelnen Beitragssätze zu den Sozialversicherungen (Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung) wurde ein Anteil der Kranken- und Pflegeversicherung von 37,41 % am Gesamtbetrag der Sozialversicherungen ermittelt. Aufgrund der Korrespondenz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag wurde ein entsprechender Betrag aus dem erfassten Arbeitnehmerbeitrag heraus und den Einnahmen hinzu gerechnet.]

Anpassung der Werbungskosten

Aus dem angegebenen Gesamtbetrag der Werbungskosten wurden Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und für ein häusliches Arbeitszimmer heraus gerechnet. Soweit die danach verbleibenden Werbungskosten niedriger waren oder bisher lediglich der Werbungskostenpauschbetrag angesetzt war, wurde ein Mindestbetrag von 230 DM als Werbungskosten angenommen. Eine Reduzierung der Werbungskosten auf 0 DM wurde als unrealistisch angesehen.

I.2.2.3. Kapitaleinkünfte

Für Kapitaleinkünfte stellte sich zunächst das Problem, Einnahmen zu erfassen, die unter dem bisherigen Sparerfreibetrag liegen. Bei der Erfassung der Steuerfälle wurde hierfür die Datenbank des Bundesamtes für Finanzen genutzt, aus der Angaben zur Höhe der freigestellten Kapitalerträge entnommen werden konnten. Diese Daten wurden mit den angegebenen Einkünften abgeglichen.

Werbungskosten wurden nur anerkannt, wenn sie den bisherigen Pauschbetrag überstiegen hatten; ein Pauschbetrag wurde nicht mehr berücksichtigt.

Ausländische Einkünfte und Steuern wurden entsprechend dem bisher vom Steuerpflichtigen gewählten Verfahren (Anrechnung oder Abzug der Steuern) berücksichtigt; dies trat jedoch nur in einem der untersuchten Fälle auf.

I.2.2.4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Die bisher im Einkommen enthaltenen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wurden um berücksichtigte erhöhte Absetzungen korrigiert.

Vorgesehen war zudem eine Korrektur um

- vorgenommene degressive Gebäudeabschreibungen (§ 7 Abs. 5 EStG) – Verringerung des Abschreibungsbetrages um 60 % für ein Absinken des Abschreibungssatzes von 5 % auf 2 %
- auf mehrere Jahre zu verteilernder Erhaltungsaufwand aus dem Veranlagungsjahr – Abzug des bisher „aufgeschobenen Betrages“.

Von den genannten Möglichkeiten hatte jedoch keiner der Steuerpflichtigen im Veranlagungszeitraum 2000 Gebrauch gemacht, so dass eine Berücksichtigung nicht möglich war.

I.2.2.5. Sonstige Einkünfte

Bei den sonstigen Einkünften wurden vorwiegend die Einkünfte aus Renten an die nachgelagerte Besteuerung angepasst. Hierfür wurden die erhaltenen Rentenzahlungen (unter Umständen aus zwei Renten) addiert. Entsprechend der empfohlenen Übergangsregelung wurden diese ermittelten Beträge zu 70 % in die Besteuerung einbezogen.

Ein Werbungskostenabzug erfolgte nicht, wenn nicht der Pauschbetrag überstiegen war.

Weitere Einkünfte (z.B. aus Veräußerungsgeschäften, Leistungen) wurden - wie in der Steuererklärung angegeben - berücksichtigt.

Weiterhin wurde für den Wegfall verschiedener Steuerbefreiungen, die im Einzelnen nicht erfasst werden konnten, ein Zuschlag von 1 % der zusammengefassten Einkünfte (Erwerbseinkünfte) vorgenommen.

I.2.2.6. Abzüge

Als Beiträge für die **Zukunftssicherung**, die bei nachgelagerter Besteuerung als Erwerbsausgaben in voller Höhe abzuziehen sind, wurde die Differenz aus dem Arbeitnehmeranteil und dem daraus ermittelten Anteil der Kranken- und Pflegeversicherung (siehe I.2.2.2) berücksichtigt.

Die abziehbaren **Unterhaltsleistungen** bei Ehegatten wurden auf 30.000 DM erhöht, wenn der bisherige Höchstbetrag erreicht war.

Als Leistungen an andere (gesetzlich) unterhaltsberechtigte Personen wurden die bisherigen außergewöhnlichen Belastungen (Unterhalt für bedürftige Personen nach § 33a Abs. 1 EStG) angenommen und auf 16.000 DM begrenzt abgezogen.

Weiterhin abgezogen wurden die **Kirchensteuer** in der Höhe, die in der Veranlagung 2000 berücksichtigt wurde, und **Spenden** bis zu einem Höchstbetrag von 10 % des Erwerbseinkommens.

II. Auswertungen

Zur Darstellung der Entwicklung der steuerlichen Belastung nach dem „Karlsruher Entwurf“ gegenüber dem Jahr 2000 werden die Steuern ohne Berücksichtigung des Kindergeldes verglichen. Hieraus sind die Wirkungen der Anpassung der Bemessungsgrundlage und des Tarifverlaufs ablesbar. Zur vollständigen Darstellung des „Karlsruher Entwurfs“ wurde auch die durch das Kindergeld bewirkte Entlastung mit einbezogen.

II.1. Entwicklung der Steuerbelastung insgesamt

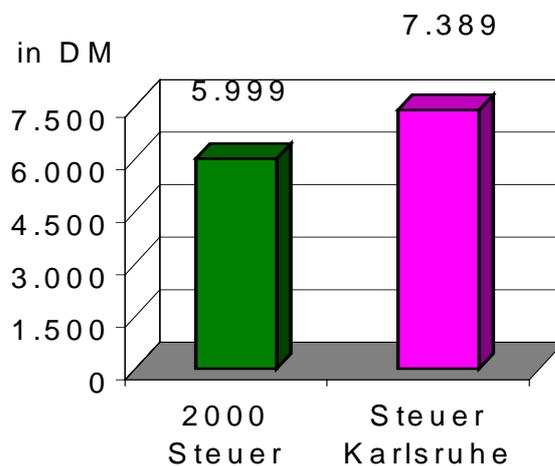
Die Analyse des „Karlsruher Entwurfs“ ergibt in der Gesamtbetrachtung (unter Berücksichtigung des Kindergeldes) eine durchschnittliche Steuererhöhung von 8 % bzw. 376 DM pro Steuerfall.

Wird das Kindergeld bei der Berechnung der Steuer für 2000 und nach dem „Karlsruher Entwurf“ außer Acht gelassen beträgt die Erhöhung 23 % bzw. 1.390 DM pro Steuerfall.

II.2. Entwicklung der Steuerbelastung nach der Höhe der Einkünfte

Die oben genannten Auswirkungen stellen sich in den einzelnen GdE-Gruppen sehr differenziert dar:

GdE ¹ (Angaben in DM)	Steuer (ohne Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
bis 0	0	0	0	0 %
1 bis 9.799	0	130	+130	neu
9.800 bis 33.200	819	1.599	+780	+95 %
33.201 bis 49.100	2.776	4.085	+1.309	+47 %
49.101 bis 69.000	5.436	7.121	+1.685	+31 %
69.001 bis 100.000	12.925	15.190	+2.265	+18 %
100.001 bis 240.000	37.432	43.257	+5.825	+26 %
über 240.000	109.446	95.584	-13.862	-13 %
Durchschnitt aller untersuchten Steuerfälle				
	5.999	7.389	+1.390	+23 %

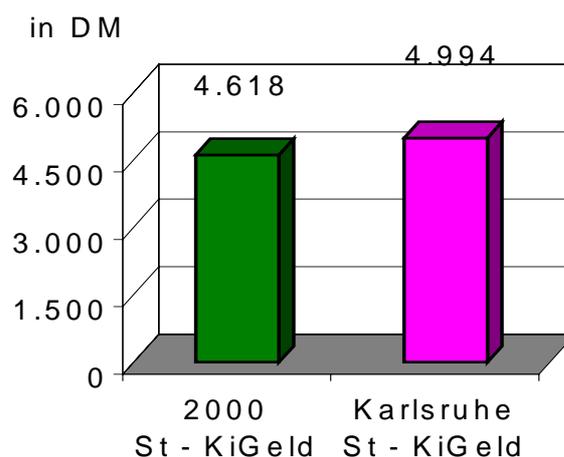


¹ GdE = Gesamtbetrag der Einkünfte im Sinne von §2 Abs. 3 S. 1 EStG

Ohne Berücksichtigung des Kindergeldes ergeben sich nach dem „Karlsruher Entwurf“ in allen GdE-Gruppen mit Ausnahme der Gruppe über 240.000 DM Mehrbelastungen. In der Tendenz nehmen die Mehrbelastungen gegenüber dem Jahr 2000 mit steigendem Einkommen ab. Als Grund hierfür ist im Wesentlichen die vorgesehene Streichung des Werbungskosten-/Betriebsausgabenabzugs für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte/Betrieb anzusehen, die gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen überproportional wirkt.

GdE (Angaben in DM)	Steuer (mit Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
bis 0	-2.430 ¹	-4.230 ¹	-1.800	-74 %
1 bis 9.799	-967	-1.527	-560	-58 %
9.800 bis 33.200	-40	114	+154	neu
33.201 bis 49.100	1.316	1.588	+242	+18 %
49.101 bis 69.000	3.873	4.400	+527	+14 %
69.001 bis 100.000	10.833	11.548	+715	+7 %
100.001 bis 240.000	34.753	38.593	+3.840	+11 %
über 240.000 ²	109.446	95.584	-13.862	-13 %
Durchschnitt aller untersuchten Steuerfälle				
	4.618	4.994	+376	+8 %

(Einzelheiten vgl. Anlagen 2 bis 4)



¹ Steuerentlastung beruht ausschließlich auf höherem Kindergeld

² Bedingt durch die beschränkte Auswahlzahl an Fällen lag in dieser Gruppe nur ein Datensatz ohne Kinder vor.

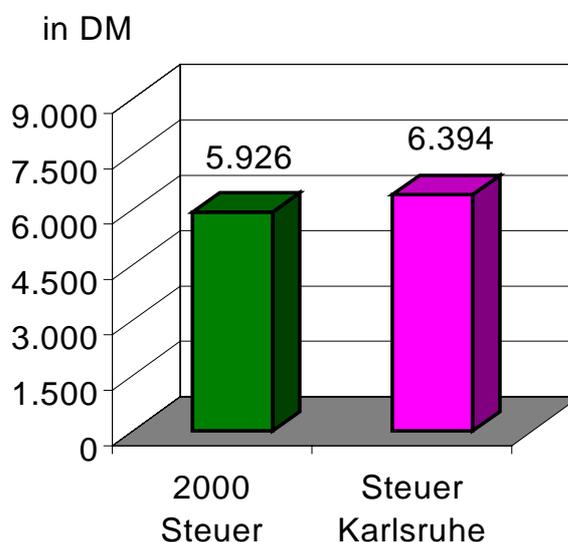
Demgegenüber wird mit einer **Einbeziehung des Kindergeldes** die Tendenz für die unteren Einkommensgruppen umgekehrt. Für Steuerpflichtige mit einem GdE bis 9.800 DM bewirkt das erhöhte Kindergeld eine Entlastung gegenüber dem Jahr 2000 um bis zu 74 %.

Im Übrigen wird die Steuerbelastung gegenüber den Ergebnissen ohne Kindergeld stark reduziert, wobei diese Entlastung mit steigendem Einkommen abnimmt.

II.3. Entwicklung der Steuerbelastung nach Haupteinkunftsquellen

II.3.1. Arbeitnehmer

GdE (Angaben in DM)	Steuer (ohne Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
1 bis 9.799	0	72	+72	neu
9.800 bis 33.200	1.053	1.759	+706	+67 %
33.201 bis 49.100	3.411	4.412	+1001	+29 %
49.101 bis 69.000	6.573	7.422	+849	+13 %
69.001 bis 100.000	13.152	12.097	-1.055	-8 %
100.001 bis 240.000	43.192	42.803	-389	-1 %
Durchschnitt aller untersuchten Arbeitnehmerfälle				
	5.926	6.394	+468	+8 %



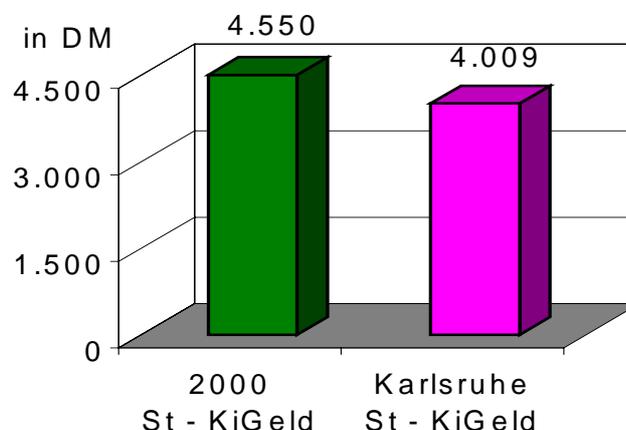
Für Arbeitnehmer ist – **ohne Berücksichtigung des Kindergeldes** – die gleiche Tendenz wie in der Gesamtübersicht festzustellen. Die Belastung in den unteren Einkommensgruppen resultiert vorwiegend aus der Abschaffung des Abzugs von Fahrtkosten (siehe II.2) sowie aus der Streichung des Werbungskostenpauschbetrags. Hinzu tritt noch die vorgesehene Besteuerung von Lohnersatzleistungen, die insbesondere in diesem Einkommensbereich zum Lebensunterhalt beitragen.

Deutlich wird dies an der Erhöhung der Bemessungsgrundlage durch den „Karlsruher Entwurf“. Diese beträgt durchschnittlich 43 %; bei Steuerpflichtigen mit einem GdE bis 49.100 DM erfolgt eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage zwischen 52 % und 427 % mit fallender Tendenz bei höheren Einkünften.

Die genannten Auswirkungen sind insbesondere bei verheirateten Steuerpflichtigen festzustellen; eine Entlastung erfolgt bei diesen ab Einkommen von ca. 69.000 DM. Bei Ledigen erfolgt eine Entlastung bereits ab Einkommen von 49.100 DM.

GdE (Angaben in DM)	Steuer (mit Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
1 bis 9.799	-732	-1.191	-459	-63 %
9.800 bis 33.200	199	286	+86	+43 %
33.201 bis 49.100	1.846	1.706	-140	-8 %
49.101 bis 69.000	4.915	4.535	-380	-8 %
69.001 bis 100.000	10.803	8.008	-2.795	-26 %
100.001 bis 240.000	41.167	39.278	-1.889	-5 %
Durchschnitt aller untersuchten Arbeitnehmerfälle				
	4.550	4.009	-541	-12 %

(Einzelheiten vgl. Anlagen 5 bis 7)



Bei **Einbeziehung des Kindergeldes** ist festzustellen, dass die Belastungen entschärft und bereits bestehende Entlastungen ausgebaut werden. Insgesamt ändert sich die steuerliche Mehrbelastung von 8 % (ohne Kindergeld) zu einer Entlastung um durchschnittlich 12 % (mit Kindergeld).

Verheiratete Arbeitnehmer werden überwiegend entlastet. Beispielsweise wird bei Verheirateten in der GdE-Gruppe 9.800 DM bis 33.200 DM aus einer Mehrbelastung (Erhöhung von 196 DM Steuer 2000 auf 1.197 DM Steuer nach dem „Karlsruher Entwurf“) eine Entlastung um 29 %.

Dennoch ist die genannte GdE-Gruppe in der Zusammenfassung (verheiratete und ledige Steuerpflichtige) die einzige Gruppe, die belastet wird. Diese Gruppe besteht zu 75 % aus ledigen Steuerpflichtigen, überwiegend ohne Kinder.

Die dargestellten Tendenzen sind auch den beigefügten Einzelfällen zu entnehmen (vgl. Anlage 11)

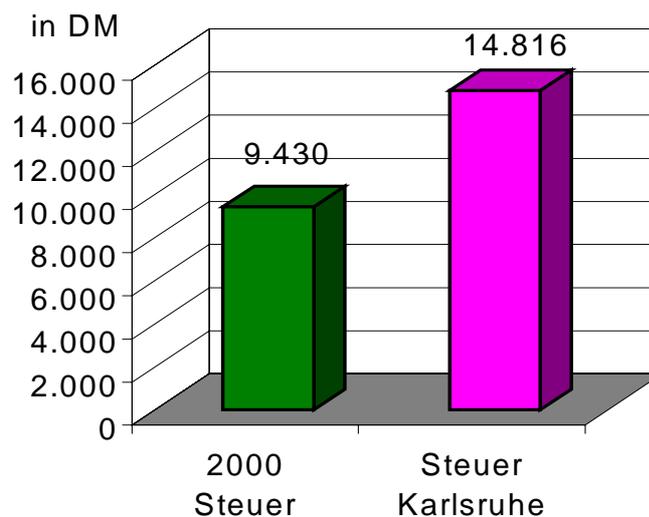
II.3.2. Rentner

Bei Steuerpflichtigen, die Renten beziehen, insbesondere bei den zusätzlich erfassten Rentnern ist eine Zunahme der Steuerlast festzustellen. Im Durchschnitt entsteht nach dem „Karlsruher Entwurf“ eine Steuer von 2.068 DM. In den GdE-Gruppen bis 33.200 DM, zu denen mehr als die Hälfte der Rentner in Thüringen gehören, beträgt die durchschnittliche Steuer 1.575 DM.

II.3.3. Betriebliche Einkunftsquellen

Als betriebliche Einkünfte werden die bisherigen Gewinneinkunftsarten (Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit und Land- und Forstwirtschaft) zusammengefasst und die entsprechenden Auswirkungen dargestellt.

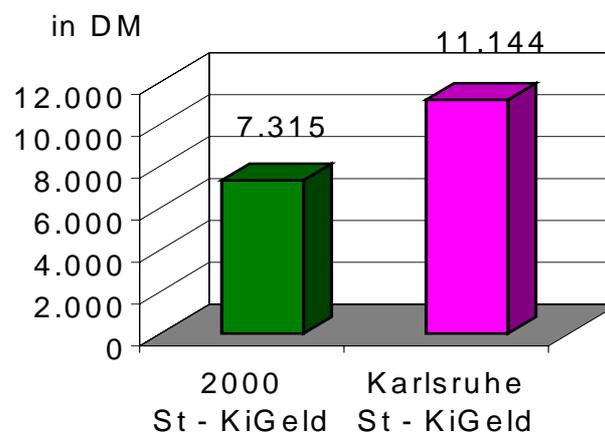
GdE (Angaben in DM)	Steuer (ohne Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
bis 0	0	0	0	0
1 bis 9.799	0	442	+442	neu
9.800 bis 33.200	0	624	+624	neu
33.201 bis 49.100	1.635	3.805	+2.170	+133 %
49.101 bis 69.000	4.506	10.136	+5.630	+125 %
69.001 bis 100.000	11.794	30.656	+18.862	+160 %
100.001 bis 240.000	28.217	43.983	+15.766	+56 %
über 240.000	109.446	95.584	-13.862	-13 %
Durchschnitt aller untersuchten Fälle mit betrieblichen Einkünften				
	9.430	14.816	+5.386	+57 %



Ohne Berücksichtigung des Kindergeldes ergeben sich durch den „Karlsruher Entwurf“ in allen GdE-Gruppen, mit Ausnahme der Gruppe über 240.000 DM, Mehrbelastungen gegenüber dem Jahr 2000. Insgesamt beträgt diese im Durchschnitt 57 %. In den mittleren GdE-Gruppen zwischen 33.200 DM und 100.000 DM ist mehr als eine Verdoppelung der Steuerlast zu verzeichnen. Dies ist vorwiegend auf die verstärkte Nutzung bisheriger Sondertatbestände (z.B. § 7g EStG) zurück zu führen; vgl. auch Einzelfall in Anlage 11. Gleichzeitig wirkt in diesem GdE-Bereich noch nicht die starke Absenkung des Spitzensteuersatzes. Die Bemessungsgrundlage wird durchschnittlich um 74 % erhöht und damit stärker als bei Arbeitnehmern (43 %).

GdE (Angaben in DM)	Steuer (mit Kindergeld) Durchschnitt je Fall		Differenz	in %
	2000	Karlsruher Entwurf		
bis 0	-2.430	-4.230	-1.800	-74 %
1 bis 9.799	-2.220	-3.318	-1.098	-49 %
9.800 bis 33.200	-1.560	-2.092	-532	-34 %
33.201 bis 49.100	-637	-151	+486	+76 %
49.101 bis 69.000	1.914	5.624	+3.710	+194 %
69.001 bis 100.000	10.984	29.246	+18.263	+166 %
100.001 bis 240.000	24.491	37.497	+13.007	+53 %
über 240.000	109.446	95.584	-13.862	-13 %
Durchschnitt aller untersuchten Fälle mit betrieblichen Einkünften				
	7.315	11.144	+3.829	+52 %

(Einzelheiten vgl. Anlagen 8 bis 10)



Die Mehrbelastung sinkt unter **Berücksichtigung des Kindergeldes** auf 52 % (durchschnittlich um 1.557 DM). In den unteren GdE-Gruppen (bis 33.200 DM) werden die o.g. Mehrbelastungen umgewandelt in Entlastungen gegenüber dem Jahr 2000.

Differenziert nach den bisherigen Einkunftsarten würde die Steuerlast bei Gewerbetreibenden verdoppelt, bei selbständig Tätigen um 30 % und bei Landwirten um 12 % erhöht.

Im Übrigen werden die Mehrbelastungen durch das Kindergeld insgesamt verringert.

III. Schlussbemerkung

Die vorliegende Analyse zeigt, dass der „Karlsruher Entwurf“ auch unter Berücksichtigung des erhöhten Kindergeldes von 470 DM zu keinen Steuermindereinnahmen führen würde.

Durch die starke Reduzierung des Spitzensteuersatzes auf 35 % werden insbesondere die oberen Einkommensgruppen entlastet.

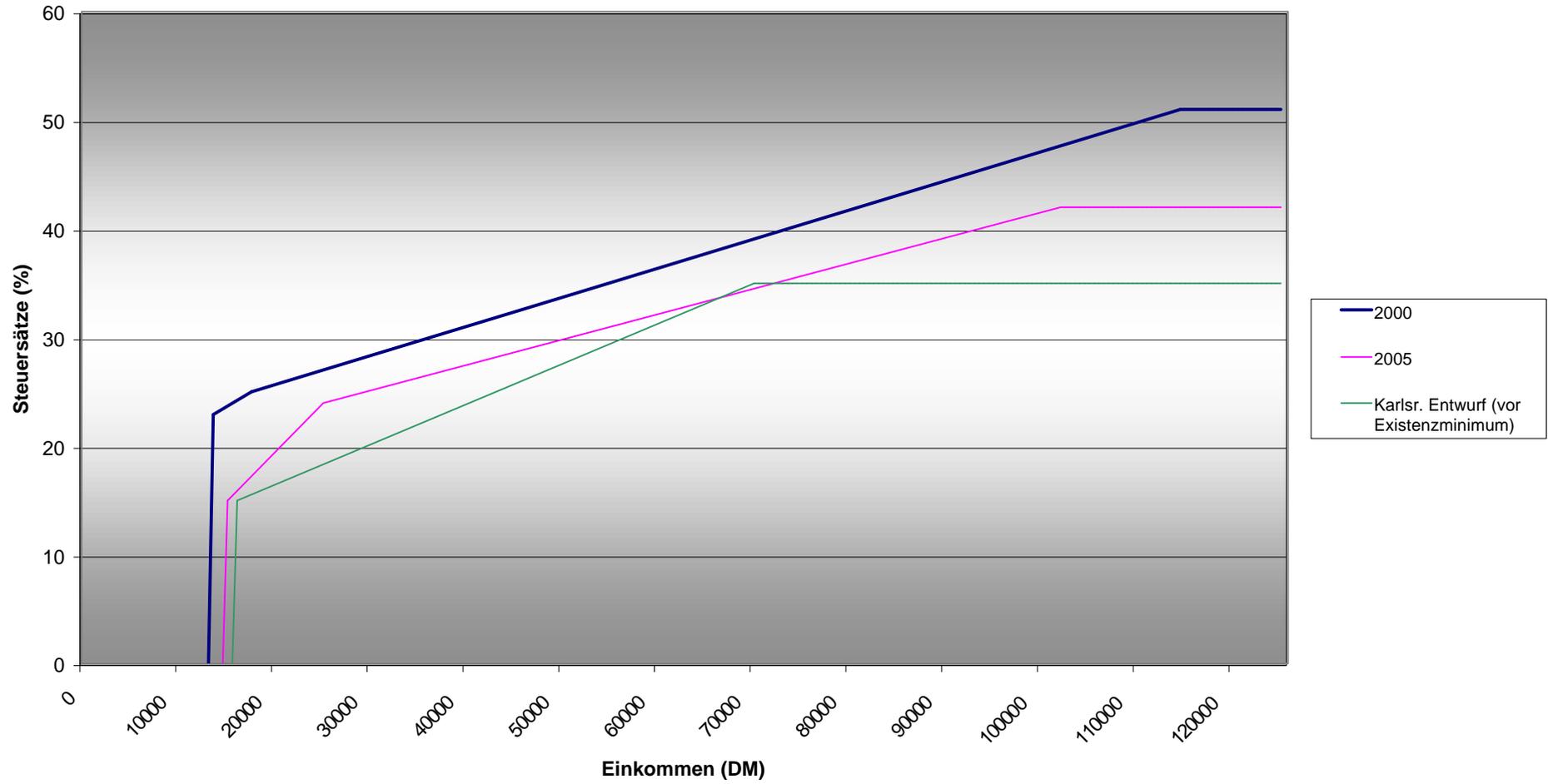
Steuerpflichtige mit einem GdE von 9.800 DM bis 240.000 DM werden insbesondere durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Wegfall von Steuersubventionen) durchschnittlich um 12 % belastet.

Arbeitnehmer würden durchschnittlich um 12 % entlastet werden. Demgegenüber wäre bei Steuerpflichtigen mit (bisherigen) Gewinneinkünften eine durchschnittliche Mehrbelastung von 52 % zu verzeichnen.¹

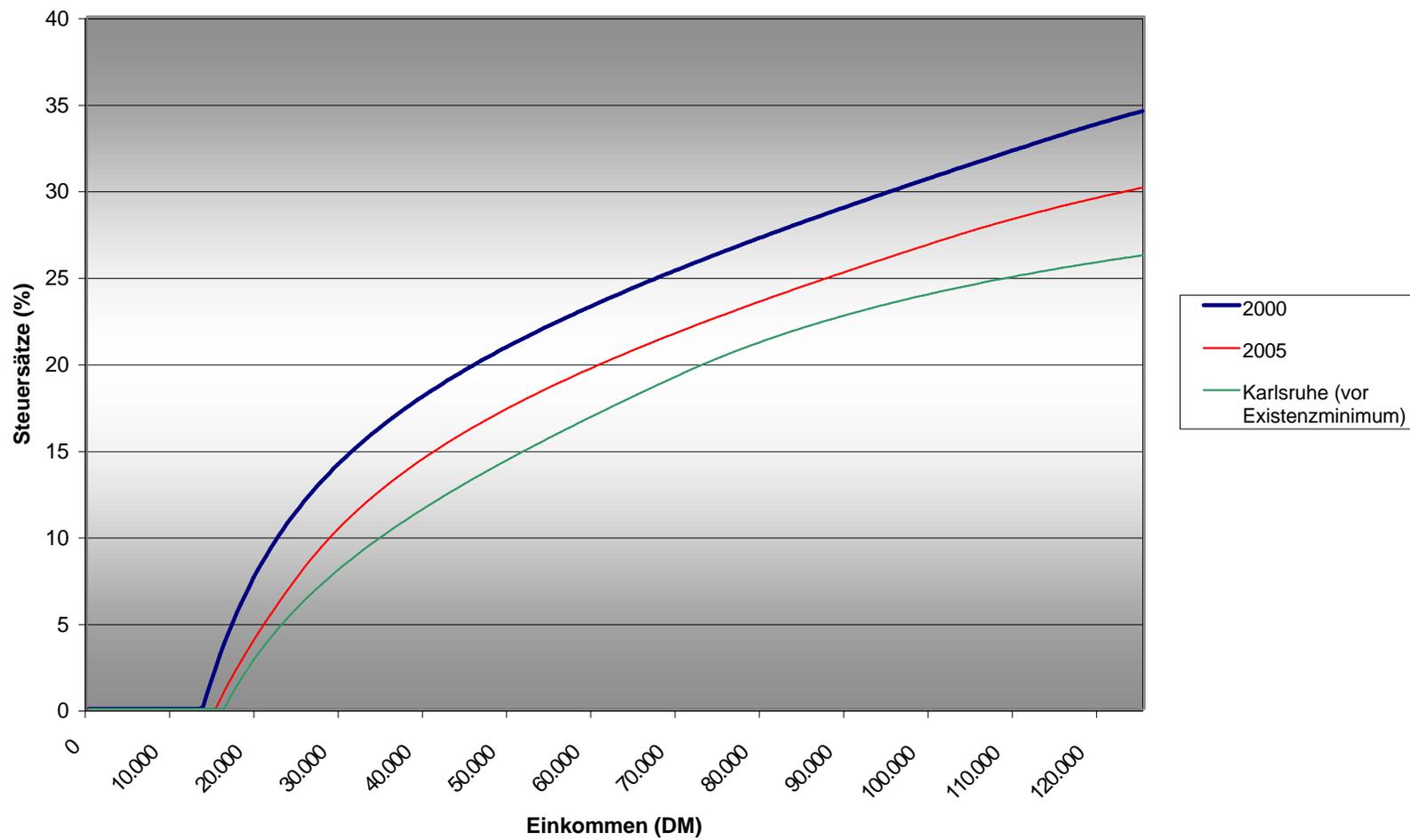
Aufgrund der starken Zunahme der Steuerbelastung bei Rentenbeziehern erscheinen differenziertere Übergangsregelungen für diesen Bereich erforderlich.

¹ Hier wirkt sich die Nichtberücksichtigung bisheriger Sondertatbestände (z.B. §7g EStG) erheblich auf die Steuer aus.

Grenzsteuersätze



Durchschnittssteuersätze



Legende zu den Anlagen 2 bis 10

(Die in den Anlagen enthaltenen Angaben sind Durchschnittswerte pro Steuerfall in den jeweiligen Gruppen.)

Spalte

- 1 Einteilung der Einkunftsgruppen; Maßstab: Gesamtbetrag der Einkünfte des Jahres 2000
- 2 Gesamtbetrag der Einkünfte des Jahres 2000
- 3 zusammengefasste Einkünfte (Erwerbseinkünfte) nach dem „Karlsruher Entwurf“
- 4 prozentuale Entwicklung der Erwerbseinkünfte (Spalte 3) gegenüber dem Gesamtbetrag der Einkünfte 2000 (Spalte 2)
- 5 zu versteuerndes Einkommen des Jahres 2000
- 6 Erwerbseinkünfte vermindert um Abzüge nach § 14 „Karlsruher Entwurf“, jedoch vor Abzug des Grundfreibetrages (Existenzminimum)
- 7 prozentuale Entwicklung des zu versteuernden Einkommens nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 6) gegenüber dem Jahr 2000 (Spalte 5)
- 8 festgesetzte Einkommensteuer des Jahres 2000
- 9 festzusetzende Einkommensteuer nach dem „Karlsruher Entwurf“
- 10 prozentuale Entwicklung der Einkommensteuer nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 9) gegenüber der Einkommensteuer 2000 (Spalte 8)
- 11 gezahltes Kindergeld des Jahres 2000
- 12 nach dem „Karlsruher Entwurf“ zu zahlendes Kindergeld
- 13 prozentuale Entwicklung des Kindergeldes nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 12) gegenüber dem Kindergeld 2000 (Spalte 11)
- 14 Einkommensteuer 2000 (Spalte 8) abzgl. Kindergeld 2000 (Spalte 11)
- 15 Einkommensteuer nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 9) abzgl. Kindergeld nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 12)
- 16 Differenz zwischen Einkommensteuer nach dem „Karlsruher Entwurf“ (Spalte 15) und Einkommensteuer 2000 (Spalte 14); Entlastung -/ Belastung +
- 17 Prozentuale Entwicklung der Einkommensteuern unter Abzug des Kindergeldes – Verhältnis von Spalte 16 zu Spalte 14 (bei „neu“ erstmalige Steuerbelastung durch „Karlsruher Entwurf“)

Zusammenstellung aller Einkunftsarten

Gesamt		Karlsruhe			Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		Kindergeld	Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld		
Einkunftsgruppe	GdE	GdE	%	zve	zve	%	2000	Steuer	%	nachrichtl.	Kindergeld	%	2000	Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	7.608	7.608	0%	10.306	7.643	26%	0	0	0%	2.430	4.230	74%	2.430	4.230	1.800	-74%
0 bis 9.799	6.150	17.081	178%	2.570	16.312	535%	0	130	neu	967	1.657	71%	967	1.527	560	-58%
9.800 bis 33.200	20.721	31.469	52%	14.319	28.862	102%	819	1.599	95%	859	1.485	73%	40	114	154	neu
33.201 bis 49.100	37.098	50.728	37%	28.125	46.308	65%	2.776	4.085	47%	1.461	2.527	73%	1.316	1.558	242	18%
49.101 bis 69.000	52.296	70.222	34%	41.257	63.672	54%	5.436	7.121	31%	1.563	2.721	74%	3.873	4.400	527	14%
69.001 bis 100.000	83.292	107.575	29%	72.161	97.700	35%	12.925	15.190	18%	2.093	3.643	74%	10.833	11.548	715	7%
100.001 bis 240.000	163.300	195.203	20%	140.453	186.477	33%	37.432	43.257	16%	2.679	4.664	74%	34.753	38.593	3.840	11%
über 240.000	333.867	347.504	4%	304.664	335.954	10%	109.446	95.584	-13%	-	-	0%	109.446	95.584	-13.862	-13%
insgesamt	45.204	60.533	34%	36.089	55.808	55%	5.999	7.389	23%	1.381	2.395	73%	4.618	4.994	376	8%

Zusammenstellung aller Einkunftsarten

ledig	GdE	Karlsruhe		zve	Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		nachrichtl.	Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld	Diff.	%
Einkunftsgruppe	2000	GdE	%	2000	zve	%	2000	Steuer	%	Kindergeld	nachrichtl.	%	2000	Karlsruhe		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	- 876	- 1.283	-47%	- 4.757	- 1.283	73%	0	0	0%	0	0	0%	0	0	-	0%
0 bis 9.799	5.685	13.191	132%	3.055	12.339	304%	0	170	neu	850	1.444	70%	849	1.274	425	-50%
9.800 bis 33.200	20.163	28.633	42%	14.754	25.987	76%	1.077	1.811	68%	372	646	74%	705	1.164	459	65%
33.201 bis 49.100	35.926	45.702	27%	30.526	41.852	37%	4.803	5.199	8%	376	777	107%	4.428	4.422	6	0%
49.101 bis 69.000	58.144	67.094	15%	50.822	61.564	21%	11.065	10.781	-3%	405	705	74%	10.660	10.076	584	-5%
69.001 bis 100.000	81.918	96.284	18%	74.767	87.924	18%	20.734	19.773	-5%	810	1.410	74%	19.924	18.363	1.560	-8%
100.001 bis 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
über 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
insgesamt	25.825	34.528	34%	20.634	31.538	53%	2.965	3.419	15%	448	801	79%	2.517	2.618	100	4%

Zusammenstellung aller Einkunftsarten

<u>verheiratet</u>	GdE 2000	Karlsruhe GdE	%	zve 2000	Karlsruhe zve vor GFB	%	Steuer 2000	Karlsruhe Steuer	%	nachrichtl. Kindergeld	Karlsruhe nachrichtl. Kindergeld	%	St - KiGeld 2000	St - KiGeld Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	14.340	13.933	3%	15.855	14.004	12%	0	0	0%	4.860	8.460	74%	4.860	8.460	3.600	-74%
0 bis 9.799	7.454	27.973	275%	1.213	27.436	2161%	0	19	neu	1.296	2.256	74%	1.296	2.237	941	-73%
9.800 bis 33.200	22.172	38.842	75%	13.187	36.335	176%	147	1.048	615%	2.124	3.666	73%	1.977	2.618	640	-32%
33.201 bis 49.100	38.135	55.174	45%	26.000	50.250	93%	983	3.100	215%	2.420	4.076	68%	1.438	977	461	32%
49.101 bis 69.000	50.736	71.056	40%	38.707	64.234	66%	3.935	6.145	56%	1.872	3.259	74%	2.063	2.886	823	40%
69.001 bis 100.000	83.417	108.602	30%	71.924	98.589	37%	12.215	14.773	21%	2.209	3.845	74%	10.006	10.928	922	9%
100.001 bis 240.000	163.300	195.203	20%	140.453	186.477	33%	37.432	43.257	16%	2.679	4.664	74%	34.753	38.593	3.840	11%
über 240.000	333.867	347.504	4%	304.664	335.954	10%	109.446	95.584	-13%	-	-	0%	109.446	95.584	- 13.862	-13%
insgesamt	61.626	82.571	34%	49.187	76.377	55%	8.571	10.754	25%	2.172	3.746	72%	6.398	7.008	609	10%

Zusammenfassung der Arbeitnehmer

Gesamt		Karlsruhe			Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld			
Einkunftsgruppe	GdE 2000	GdE	%	zve 2000	zve vor GFB	%	2000	Steuer	%	nachrichtl. Kindergeld	nachrichtl. Kindergeld	%	2000	Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	4	8	9	4	11	12	4	14	15	16	17
bis 0	-	-	0%	-	-	0%	0	0	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
0 bis 9.799	5.938	16.320	175%	2.974	15.671	427%	0	72	neu	732	1.263	73%	732	1.191	- 459	-63%
9.800 bis 33.200	22.790	33.554	47%	16.190	30.274	87%	1.053	1.759	67%	854	1.473	73%	199	286	86	43%
33.201 bis 49.100	39.953	52.282	31%	30.853	46.920	52%	3.411	4.412	29%	1.566	2.706	73%	1.846	1.706	- 140	-8%
49.101 bis 69.000	58.400	72.849	25%	46.652	64.850	39%	6.573	7.422	13%	1.659	2.887	74%	4.915	4.535	- 380	-8%
69.001 bis 100.000	81.995	98.673	20%	72.378	87.325	21%	13.152	12.097	-8%	2.349	4.089	74%	10.803	8.008	- 2.795	-26%
100.001 bis 240.000	174.179	196.720	13%	155.290	185.151	19%	43.192	42.803	-1%	2.025	3.525	74%	41.167	39.278	- 1.889	-5%
über 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
insgesamt	45.564	58.555	29%	36.921	52.883	43%	5.926	6.394	8%	1.376	2.386	73%	4.550	4.009	- 541	-12%

Zusammenfassung der Arbeitnehmer

<u>ledig</u>		Karlsruhe			Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld			
Einkunftsgruppe	GdE 2000	GdE	%	zve 2000	zve vor GFB	%	2000	Steuer	%	nachrichtl. Kindergeld	Karlsruhe nachrichtl. Kindergeld	%	2000	Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	4	8	9	4	11	12	4	14	15	16	17
bis 0	-	-	0%	-	-	0%	0	0	0%	0	0	0%	0	0	-	0%
0 bis 9.799	5.496	11.715	113%	3.220	11.030	243%	0	88	neu	436	744	71%	436	657	221	-51%
9.800 bis 33.200	22.659	30.310	34%	16.972	26.956	59%	1.367	1.964	44%	367	636	73%	1.000	1.328	328	33%
33.201 bis 49.100	39.569	48.221	22%	34.207	43.582	27%	5.635	5.610	0%	369	792	114%	5.266	4.819	447	-8%
49.101 bis 69.000	58.976	69.191	17%	51.955	62.946	21%	11.477	11.211	-2%	463	806	74%	11.015	10.406	609	-6%
69.001 bis 100.000	81.918	96.284	18%	74.767	87.924	18%	20.734	19.773	-5%	810	1.410	74%	19.924	18.363	1.560	-8%
100.001 bis 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
über 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
insgesamt	28.685	36.746	28%	23.428	33.112	41%	3.517	3.780	7%	397	722	82%	3.120	3.058	63	-2%

Zusammenfassung der Arbeitnehmer

<u>verheiratet</u>		Karlsruhe			Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		nachrichtl.	Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld		
Einkunftsgruppe	GdE	GdE	%	zve	zve	%	2000	Steuer	%	Kindergeld	nachrichtl.	%	2000	Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	4	8	9	4	11	12	4	14	15	16	17
bis 0	-	-	0%	-	-	0%	0	0	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
0 bis 9.799	7.264	30.138	315%	2.234	29.595	1225%	0	24	neu	1.620	2.820	74%	- 1.620	- 2.796	- 1.176	-73%
9.800 bis 33.200	23.147	42.421	83%	14.052	39.345	180%	196	1.197	512%	2.184	3.760	72%	- 1.988	- 2.563	- 575	-29%
33.201 bis 49.100	40.358	56.569	40%	27.313	50.444	85%	1.064	3.146	196%	2.828	4.726	67%	- 1.765	- 1.580	185	10%
49.101 bis 69.000	58.208	74.068	27%	44.884	65.485	46%	4.939	6.159	25%	2.057	3.581	74%	2.882	2.578	- 304	-11%
69.001 bis 100.000	82.004	98.938	21%	72.113	87.259	21%	12.309	11.244	-9%	2.520	4.387	74%	9.789	6.857	- 2.932	-30%
100.001 bis 240.000	174.179	196.720	13%	155.290	185.151	19%	43.192	42.803	-1%	2.025	3.525	74%	41.167	39.278	- 1.889	-5%
über 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
insgesamt	61.840	79.586	29%	49.932	71.947	44%	8.249	8.915	8%	2.320	3.989	72%	5.928	4.925	- 1.003	-17%

Zusammenstellung der betrieblichen Einkünfte

Gesamt																
Einkunftsgruppe	GdE 2000	Karlsruhe GdE	%	zve 2000	Karlsruhe zve vor GFB	%	Steuer 2000	Karlsruhe Steuer	%	Kindergeld nachrichtl.	Karlsruhe Kindergeld nachrichtl.	%	St - KiGeld 2000	St - KiGeld Karlsruhe	Diff.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	7.608	7.608	0%	10.306	7.643	26%	0	0	0%	2.430	4.230	74%	2.430	4.230	1.800	-74%
0 bis 9.799	7.283	21.138	190%	418	19.727	4619%	0	442	neu	2.220	3.760	69%	2.220	3.318	1.098	-49%
9.800 bis 33.200	17.272	23.238	35%	8.714	22.789	162%	0	624	neu	1.560	2.716	74%	1.560	2.092	532	-34%
33.201 bis 49.100	42.739	54.112	27%	28.728	51.148	78%	1.635	3.805	133%	2.273	3.956	74%	637	151	486	76%
49.101 bis 69.000	54.853	78.963	44%	41.238	73.973	79%	4.506	10.136	125%	2.592	4.512	74%	1.914	5.624	3.710	194%
69.001 bis 100.000	89.778	152.087	69%	71.072	149.573	110%	11.794	30.656	160%	810	1.410	74%	10.984	29.246	18.263	166%
100.001 bis 240.000	145.895	192.777	32%	116.713	188.601	62%	28.217	43.983	56%	3.726	6.486	74%	24.491	37.497	13.007	53%
über 240.000	333.867	347.504	4%	304.664	335.954	10%	109.446	95.584	-13%	-	-	0%	109.446	95.584	13.862	-13%
insgesamt	60.435	82.759	37%	46.004	80.086	74%	9.430	14.816	57%	2.115	3.673	74%	7.315	11.144	3.829	52%

Zusammenstellung der betrieblichen Einkünfte

ledig	GdE 2000	Karlsruhe GdE	%	zve 2000	Karlsruhe zve vor GfB	%	Steuer 2000	Karlsruhe Steuer	%	Kindergeld nachrichtl.	Karlsruhe Kindergeld nachrichtl.	%	St - KiGeld 2000	St - KiGeld Karlsruhe	Diff.	%
Einkunftsgruppe	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	876	1.283	-47%	4.757	1.283	73%	0	0	0%	0	0	0%	0	0	0	0%
0 bis 9.799	6.817	22.050	223%	2.061	20.190	880%	0	663	neu	3.330	5.640	69%	3.330	4.977	1.647	-49%
9.800 bis 33.200	14.804	17.153	16%	6.369	17.146	169%	-	651	neu	1.080	1.880	74%	1.080	1.229	149	-14%
33.201 bis 49.100	38.813	39.089	1%	26.790	39.089	46%	3.409	4.451	31%	1.620	2.820	74%	1.789	1.631	158	-9%
49.101 bis 69.000	52.320	52.416	0%	42.893	51.883	21%	8.180	7.767	-5%	0	0	0%	8.180	7.767	413	-5%
69.001 bis 100.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
100.001 bis 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
über 240.000	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	0%	-	-	-	0%
insgesamt	18.123	22.548	24%	10.503	22.072	110%	1.288	1.794	39%	1.400	2.402	72%	112	608	496	-441%

Zusammenstellung der betrieblichen Einkünfte

<u>verheiratet</u>	GdE	Karlsruhe		zve	Karlsruhe		Steuer	Karlsruhe		Kindergeld	Karlsruhe		St - KiGeld	St - KiGeld	Diff.	%
Einkunftsgruppe	2000	GdE	%	2000	zve	%	2000	Steuer	%	nachrichtl.	Kindergeld	%	2000	Karlsruhe		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
bis 0	14.340	13.933	3%	15.855	14.004	12%	0	0	0%	4.860	8.460	74%	4.860	8.460	3.600	-74%
0 bis 9.799	8.215	19.313	135%	2.867	18.802	-756%	0	0	0%	-	0	0%	0	0	0	0%
9.800 bis 33.200	19.247	28.106	46%	10.590	27.304	158%	0	602	neu	1.944	3.384	74%	1.944	2.782	838	-43%
33.201 bis 49.100	43.524	57.116	31%	29.115	53.560	84%	1.280	3.676	187%	2.403	4.183	74%	1.123	507	615	55%
49.101 bis 69.000	55.486	85.600	54%	40.824	79.496	95%	3.587	10.728	199%	3.240	5.640	74%	347	5.088	4.741	1366%
69.001 bis 100.000	89.778	152.087	69%	71.072	149.573	110%	11.794	30.656	160%	810	1.410	74%	10.984	29.246	18.263	166%
100.001 bis 240.000	145.895	192.777	32%	116.713	188.601	62%	28.217	43.983	56%	3.726	6.486	74%	24.491	37.497	13.007	53%
über 240.000	333.867	347.504	4%	304.664	335.954	10%	109.446	95.584	-13%	-	-	0%	109.446	95.584	13.862	-13%
insgesamt	75.082	103.601	38%	58.293	100.167	72%	12.248	19.324	58%	2.363	4.113	74%	9.886	15.212	5.326	54%

**Darstellung der Auswirkungen
des „Karlsruher Entwurfs“
an Einzelfällen**

Gesamtbetrag der Einkünfte

Fall 1	verheiratet, 1 Kind	19.781 DM
Fall 2	verheiratet, 1½ Kinder	29.317 DM
Fall 3	ledig, ohne Kind	34.372 DM
Fall 4	verheiratet, 1 Kinder	44.667 DM
Fall 5	verheiratet, 2 Kinder	50.079 DM
Fall 6	ledig, ohne Kind	53.421 DM
Fall 7	ledig, ½ Kind	53.933 DM
Fall 8	ledig, ohne Kind	64.150 DM
Fall 9	verheiratet, 1 Kind	136.823 DM
Fall 10	verheiratet, 2 Kinder	167.037 DM
Fall 11	verheiratet, ohne Kind	198.693 DM
Fall 12	verheiratet, ohne Kind	224.776 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 1 verheiratet, 1 Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 22.712 DM (Lohnersatzleistung: 7.153 DM) > Werbungskosten: 2.931 DM davon Entfernung zur Arbeit (11 km, 144 Tage) 1.109 DM Arbeitsmittel 352 DM Kontoführung 30 DM Einsatzwechsel 1.440 DM Einkünfte nsA: 19.781 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 22.712 DM Lohnersatzleistung: 7.153 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 1.760 DM > Werbungskosten: 1.822 DM davon Entfernung zur Arbeit (11 km, 144 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 352 DM Kontoführung 30 DM Einsatzwechsel 1.440 DM Einkünfte nsA: 29.803 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 0 DM (Lohnersatzleistung: 1.893 DM) > Werbungskosten: 0 DM Einkünfte nsA: 0 DM	<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 0 DM Lohnersatzleistung: 1.893 DM > Werbungskosten: mindestens 230 DM Einkünfte nsA: 1663 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 645 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen 198 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 19.781 DM	> Erwerbseinkünfte: 32.309 DM
> Sonderausgaben: Ehemann Arbeitnehmeranteil 4.075 DM Haftpflicht 1.413 DM Lebensversicherung 2.748 DM Unfallversicherung 1.606 DM Kirchenspende 120 DM	> Erwerbsausgaben: Ehemann Zukunftssicherung 2.945 DM Haftpflicht 0 DM Lebensversicherung 0 DM Unfallversicherung 0 DM Kirchenspende 120 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 8.924 DM	> Zwischensumme: 29.244 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen ./. 2.756 DM
Steuer 2000 0 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 0 DM
> Kindergeld 3.240 DM	> Kindergeld 5.640 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht keine Steuerbelastung:	0 DM
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerentlastung in Höhe von:	2.400 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 2 verheiratet, 1½ Kinder

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 0 DM (Lohnersatzleistung: 14.840 DM) > Werbungskosten: 0 DM Einkünfte nsA: 0 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 0 DM Lohnersatzleistung: 14.840 DM > Werbungskosten: mindestens 230 DM Einkünfte nsA: 14.610 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 31.946 DM > Werbungskosten: 2.629 DM davon Entfernung zur Arbeit (öffentliche Verkehrsmittel) 2.176 DM Arbeitsmittel 200 DM Kontoführung 30 DM Gewerkschaft 223 DM Einkünfte nsA: 29.317 DM	<u>Ehefrau:</u> Bruttolohn: 31.946 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 2.438 DM > Werbungskosten: 453 DM davon Entfernung zur Arbeit (öffentliche Verkehrsmittel) 0 DM Arbeitsmittel 200 DM Kontoführung 30 DM Gewerkschaft 223 DM Einkünfte nsA: 33.931 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 3 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen: 293 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 29.317 DM	> Erwerbseinkünfte: 48.837 DM
> Sonderausgaben: Ehefrau Arbeitnehmeranteil 6.517 DM Haftpflicht 840 DM Lebensversicherung 1.546 DM Unfallversicherung 397 DM Krankenversicherung 132 DM	> Erwerbsausgaben: Ehefrau Zukunftssicherung 4.079 DM Haftpflicht 0 DM Lebensversicherung 0 DM Unfallversicherung 0 DM Krankenversicherung 0 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 19.669 DM	> Zwischensumme: 44.758 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 12.758 DM
Steuer 2000 801 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 2.064 DM
> Kindergeld 4.860 DM	> Kindergeld 8.460 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um	1.263 DM
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerentlastung in Höhe von:	2.337 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 3 ledig, ohne Kind

Jahr 2000		Karlsruher Entwurf	
Einkünfte nichtselbständige Arbeit		Einkünfte nichtselbständige Arbeit	
➤ Bruttolohn:	41.786 DM	➤ Bruttolohn:	41.786 DM
		AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung:	3.222 DM
➤ Werbungskosten:	7.414 DM	➤ Werbungskosten:	260 DM
davon Entfernung zur Arbeit		davon Entfernung zur Arbeit	
(44 km, 220 Tage)	6.776 DM	(44 km, 220 Tage)	0 DM
(54 km, 10 Tage)	378 DM	(54 km, 10 Tage)	0 DM
Arbeitsmittel	165 DM	Arbeitsmittel	165 DM
Kontoführung	30 DM	Kontoführung	30 DM
Dienstreise	65 DM	Dienstreise	65 DM
Einkünfte nsA:	34.372 DM	Einkünfte nsA:	44.748 DM
Zinseinkünfte:	0 DM	Zinseinkünfte:	49 DM
		sonstige steuerfreie Einnahmen	343 DM
➤ Gesamtbetrag der Einkünfte:	34.372 DM	➤ Erwerbseinkünfte:	45.140 DM
➤ Sonderausgaben:		➤ Erwerbsausgaben:	
Krankenversicherung	4.075 DM	Zukunftssicherung	0 DM
Haftplicht	396 DM	Haftplicht	0 DM
Lebensversicherung	2.004 DM	Lebensversicherung	0 DM
Unfallversicherung	141 DM	Unfallversicherung	0 DM
Spenden	200 DM	Spenden	200 DM
➤ zu versteuerndes Einkommen:	30.257 DM	➤ Zwischensumme:	44.940 DM
		➤ Grundfreibetrag:	16.000 DM
		➤ zu versteuerndes Einkommen	28.940 DM
Steuer 2000	4.375 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“	5.892 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um:	1.517 DM
---	-----------------

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 4 verheiratet, 1 Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 53.404 DM > Werbungskosten: 8.737 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 224 Tage) 1.098 DM Arbeitsmittel 200 DM Kontoführung 30 DM doppelte Haushaltsführung 7.084 DM Gewerkschaft 325 DM Einkünfte nsA: 44.667 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 53.404 DM Sonn-,Feiertag- und Nachtzuschläge 3.338 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 4.095 DM > Werbungskosten: 7.639 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 224 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 200 DM Kontoführung 30 DM doppelte Haushaltsführung 7.084 DM Gewerkschaft 325 DM Einkünfte nsA: 53.198 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 0 DM (Lohnersatzleistung: 13.996 DM) > Werbungskosten: 0 DM Einkünfte nsA: 0 DM	<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 0 DM Lohnersatzleistung: 13.996 DM 630 DM Job: 1.520 DM > Werbungskosten: mindestens 230 DM Einkünfte nsA: 15.286 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 5.853 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen 446 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 44.667 DM	> Erwerbseinkünfte: 74.783 DM
> Sonderausgaben: Ehemann Arbeitnehmeranteil 10.947 DM Haftpflcht 317 DM Lebensversicherung 1.200 DM > außergewöhnliche Belastungen 1.039 DM > zu versteuerndes Einkommen: 33.881 DM	> Erwerbsausgaben: Ehemann Zukunftssicherung 6.851 DM Haftpflcht 0 DM Lebensversicherung 0 DM > außergewöhnliche Belastungen 0 DM > Zwischensumme: 67.932 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 35.932 DM
Steuer 2000 3.484 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 6.585 DM
> Kindergeld 3.240 DM	> Kindergeld 5.640 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um: 3.101 DM

Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerbelastung in Höhe von: 701 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 5 verheiratet, 2 Kinder

Jahr 2000		Karlsruher Entwurf	
Einkünfte nichtselbständige Arbeit		Einkünfte nichtselbständige Arbeit	
<u>Ehemann:</u>		<u>Ehemann:</u>	
➤ Bruttolohn:	27.878 DM	➤ Bruttolohn:	27.878 DM
(Lohnersatzleistung)	5.440 DM)	Lohnersatzleistung	5.440 DM
		AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung:	2.190 DM
➤ Werbungskosten:	3.558 DM	➤ Werbungskosten:	2.270 DM
davon Entfernung zur Arbeit		davon Entfernung zur Arbeit	
(10 km, 184 Tage)	1.288 DM	(10 km, 184 Tage)	0 DM
Arbeitsmittel	200 DM	Arbeitsmittel	200 DM
Kontoführung	30 DM	Kontoführung	30 DM
Einsatzwechsel	2.040 DM	Einsatzwechsel	2.040 DM
Einkünfte nsA:	24.320 DM	Einkünfte nsA:	33.238 DM
<u>Ehefrau:</u>		<u>Ehefrau:</u>	
➤ Bruttolohn:	28.215 DM	➤ Bruttolohn:	28.215 DM
		AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung:	2.180 DM
➤ Werbungskosten:	2.456 DM	➤ Werbungskosten:	524 DM
davon Entfernung zur Arbeit		davon Entfernung zur Arbeit	
(12 km, 230 Tage)	1.932 DM	(12 km, 230 Tage)	0 DM
Arbeitsbekleidung	200 DM	Arbeitsbekleidung	200 DM
Kontoführung	30 DM	Kontoführung	30 DM
Steuerberater	294 DM	Steuerberater	294 DM
Einkünfte nsA:	25.759 DM	Einkünfte nsA:	29.871 DM
Zinseinkünfte:	0 DM	Zinseinkünfte:	152 DM
		sonstige steuerfreie Einnahmen:	500 DM
➤ Gesamtbetrag der Einkünfte:	50.079 DM	➤ Erwerbseinkünfte:	63.761 DM
➤ Sonderausgaben:		➤ Erwerbsausgaben:	
Ehemann Arbeitnehmeranteil	5.845 DM	Ehemann Zukunftssicherung	3.664 DM
Ehefrau Arbeitnehmeranteil	5.826 DM	Ehefrau Zukunftssicherung	3.646 DM
Haftpflcht	2.170 DM	Haftpflcht	0 DM
Lebensversicherung	600 DM	Lebensversicherung	0 DM
➤ zu versteuerndes Einkommen:	38.941 DM	➤ Zwischensumme:	56.451 DM
		➤ Grundfreibetrag:	32.000 DM
		➤ zu versteuerndes Einkommen	24.451 DM
Steuer 2000	3.794 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“	4.221 DM
➤ Kindergeld	6.480 DM	➤ Kindergeld	11.280 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um	427 DM
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerentlastung in Höhe von:	4.373 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 6 ledig, ohne Kind

Jahr 2000		Karlsruher Entwurf	
Einkünfte nichtselbständige Arbeit		Einkünfte nichtselbständige Arbeit	
➤ Bruttolohn:	68.218 DM	➤ Bruttolohn:	68.218 DM
		AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung:	5.283 DM
➤ Werbungskosten:	14.797 DM	➤ Werbungskosten:	12.215 DM
davon Entfernung zur Arbeit (17 km, 217 Tage)	2.582 DM	davon Entfernung zur Arbeit (17 km, 217 Tage)	0 DM
Kontoführung	30 DM	Kontoführung	30 DM
doppelte Haushaltsführung	12.185 DM	doppelte Haushaltsführung	12.185 DM
Einkünfte nsA:	53.421 DM	Einkünfte nsA:	61.286 DM
Zinseinkünfte:	0 DM	Zinseinkünfte:	390 DM
		sonstige steuerfreie Einnahmen	534 DM
➤ Gesamtbetrag der Einkünfte:	53.421 DM	➤ Erwerbseinkünfte:	62.210 DM
➤ Sonderausgaben:		➤ Erwerbsausgaben:	
Arbeitnehmeranteil	14.121 DM	Zukunftssicherung	8.838 DM
Haftpflicht	527 DM	Haftpflicht	0 DM
Lebensversicherung	780 DM	Lebensversicherung	0 DM
Unfallversicherung	144 DM	Unfallversicherung	0 DM
➤ zu versteuerndes Einkommen:	49.398 DM	➤ Zwischensumme:	53.372 DM
		➤ Grundfreibetrag:	16.000 DM
		➤ zu versteuerndes Einkommen	37.372 DM
Steuer 2000		Steuer „Karlsruher Entwurf“	
	10.297 DM		8.192 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerentlastung um:	2.105 DM
--	-----------------

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 7 ledig, ½ Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit > Bruttolohn: 62.808 DM > Werbungskosten: 8.875 DM davon Entfernung zur Arbeit (5 km, 220 Tage) 770 DM Fahrkostenersatz steuerfrei ./ 388 DM Arbeitsmittel 485 DM doppelte Haushaltsführung 7.453 DM Gewerkschaft 555 DM Einkünfte nsA: 53.933 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit > Bruttolohn: 62.808 DM Fahrtkostenersatz 388 DM Sonn-,Feiertag- und Nachtzuschläge 3.926 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 4.934 DM > Werbungskosten: 8.493 DM davon Entfernung zur Arbeit (5 km, 220 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 485 DM doppelte Haushaltsführung 7.453 DM Gewerkschaft 555 DM Einkünfte nsA: 63.563 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 29 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen 539 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 53.933 DM	> Erwerbseinkünfte: 64.131 DM
> Sonderausgaben: Arbeitnehmeranteil 13.190 DM Haftpflicht 545 DM Lebensversicherung 1.200 DM	> Erwerbsausgaben: Zukunftssicherung 8.255 DM Haftpflicht 0 DM Lebensversicherung 0 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 44.942 DM	> Zwischensumme: 55.876 DM > Grundfreibetrag: 16.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 39.876 DM
Steuer 2000 10.458 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 8.926 DM
> Kindergeld 1.620 DM	> Kindergeld 2.820 DM
Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerentlastung um: 1.532 DM	
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerentlastung in Höhe von: 2.732 DM	

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 8 ledig, ohne Kind

Jahr 2000		Karlsruher Entwurf	
Einkünfte nichtselbständige Arbeit		Einkünfte nichtselbständige Arbeit	
➤ Bruttolohn:	66.636 DM	➤ Bruttolohn:	66.636 DM
		AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung:	5.138 DM
➤ Werbungskosten:	2.486 DM	➤ Werbungskosten:	2.486 DM
davon Arbeitsmittel	2.127 DM	davon Arbeitsmittel	2.127 DM
Kontoführung	30 DM	Kontoführung	30 DM
Fortbildung	329 DM	Fortbildung	329 DM
Einkünfte nsA:	64.150 DM	Einkünfte nsA:	69.288 DM
Zinseinkünfte:	0 DM	Zinseinkünfte:	1.521 DM
		sonstige steuerfreie Einnahmen	641 DM
➤ Gesamtbetrag der Einkünfte:	64.150 DM	➤ Erwerbseinkünfte:	71.450 DM
➤ Sonderausgaben:		➤ Erwerbsausgaben:	
freiwillig Beiträge SV	1.894 DM	Zukunftssicherung	0 DM
Kranken-/Pflegeversicherung	3.934 DM	Kranken-/Pflegeversicherung	0 DM
Haftpflcht	615 DM	Haftpflcht	0 DM
Spenden	3.782 DM	Spenden	3.782 DM
Kirchensteuer	1.337 DM	Kirchensteuer	1.337 DM
➤ zu versteuerndes Einkommen:	55.451 DM	➤ Zwischensumme:	66.331 DM
		➤ Grundfreibetrag:	16.000 DM
		➤ zu versteuerndes Einkommen	50.331 DM
Steuer 2000	12.374 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“	12.241 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerentlastung um:	133 DM
--	---------------

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 9 verheiratet, 1 Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 51.016 DM > Werbungskosten: 4.236 DM davon Entfernung zur Arbeit (10 km, 210 Tage) 1.470 DM Arbeitsmittel 471 DM Kontoführung 30 DM Einsatzwechsel 2.100 DM Gewerkschaft 165 DM Einkünfte nsA: 46.780 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 51.016 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 4.038 DM > Werbungskosten: 2.766 DM davon Entfernung zur Arbeit (10 km, 210 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 471 DM Kontoführung 30 DM Einsatzwechsel 2.100 DM Gewerkschaft 165 DM Einkünfte nsA: 52.288 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 93.786 DM > Werbungskosten: 3.743 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 50 Tage) 245 DM (28 km, 155 Tage) 3.038 DM Gewerkschaft 165 DM Arbeitsmittel 295 DM Einkünfte nsA: 90.043 DM	<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 93.786 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 1.033 DM > Werbungskosten: 460 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 50 Tage) 0 DM (28 km, 155 Tage) 0 DM Gewerkschaft 165 DM Arbeitsmittel 295 DM Einkünfte nsA: 94.359 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 4.451 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen: 1.368 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 136.823 DM	> Erwerbseinkünfte: 152.466 DM
> Sonderausgaben: Ehemann Arbeitnehmeranteil 10.794 DM Ehefrau Arbeitnehmeranteil 2.761 DM Kranken-/Pflegeversicherung 12.468 DM Haftpflicht/Unfallversicherung 1.867 DM	> Erwerbsausgaben: Ehemann Zukunftssicherung 6.756 DM Ehefrau Zukunftssicherung 1.728 DM Kranken-/Pflegeversicherung 0 DM Haftpflicht/Unfallversicherung 0 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 118.841 DM	> Zwischensumme: 143.982 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 111.982 DM
Steuer 2000 30.840 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 28.394 DM
> Kindergeld 3.240 DM	> Kindergeld 5.640 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerentlastung um	2.446 DM
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerentlastung in Höhe von:	4.846 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 10 verheiratet, 2 Kinder

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte selbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Einkünfte: 57.975 DM > u.a folgende Betriebsausgaben: neu gebildete Rücklage 7g EStG 130.000 DM erhöhte AfA 1.715 DM lineare AfA für bewegl. WG 2.087 DM	Einkünfte selbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Einkünfte: 189.732 DM > u.a folgende Betriebsausgaben: neu gebildete Rücklage 7g EStG 0 DM erhöhte AfA 0 DM lineare AfA für bewegl. WG 2.045 DM
<u>Ehefrau:</u> > Einkünfte: 145.839 DM > u.a folgende Betriebsausgaben: erhöhte AfA 1.810 DM lineare AfA für bewegl. WG 10.870 DM	<u>Ehefrau:</u> > Einkünfte: 147.866 DM > u.a folgende Betriebsausgaben: erhöhte AfA 0 DM lineare AfA für bewegl. WG 10.653 DM
Einkünfte aus V & V <u>Ehemann:</u> > Einkünfte: ./ 23.887 DM > u.a folgende Werbungskosten: erhöhte Absetzungen 24.513 DM	Einkünfte aus V & V <u>Ehemann:</u> > Einkünfte: 626 DM > u.a folgende Werbungskosten: erhöhte Absetzungen 0 DM
<u>Ehefrau:</u> > Einkünfte: ./ 23.890 DM > u.a folgende Werbungskosten: erhöhte Absetzungen 24.513 DM	<u>Ehefrau:</u> > Einkünfte: 623 DM > u.a folgende Werbungskosten: erhöhte Absetzungen 0 DM
Zinseinkünfte: 11.000 DM	Zinseinkünfte: 17.200 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 167.037 DM	> Erwerbseinkünfte: 356.047 DM
> Sonderausgaben: Kirchensteuer 2.380 DM Spenden 430 DM	> Erwerbsausgaben: Kirchensteuer 2.380 DM Spenden 430 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 144.397 DM	> Zwischensumme: 353.237 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 321.237 DM
Steuer 2000 36.827 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 101.633 DM
> Kindergeld 6.480 DM	> Kindergeld 11.280 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um	64.806 DM
Unter Berücksichtigung der Kindergeldzahlung entsteht eine Steuerbelastung in Höhe von:	60.006 DM

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 11 verheiratet, ohne Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 163.636 DM > Werbungskosten: 22.372 DM davon Entfernung zur Arbeit (117 km, 225 Tage) 18.427 DM Arbeitsmittel 3.945 DM Einkünfte nsA: 141.264 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 163.636 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 4.112 DM > Werbungskosten: 3.945 DM davon Entfernung zur Arbeit (117 km, 225 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 3.945 DM Einkünfte nsA: 163.803 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 71.207 DM > Werbungskosten: 13.778 DM davon Entfernung zur Arbeit (65 km, 220 Tage) 10.010 DM Arbeitsmittel 3.768 DM Einkünfte nsA: 57.429 DM	<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 71.207 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 3.456 DM > Werbungskosten: 3.768 DM davon Entfernung zur Arbeit (65 km, 220 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 3.768 DM Einkünfte nsA: 70.895 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 4.402 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen: 1.987 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 198.693 DM	> Erwerbseinkünfte: 241.087 DM
> Sonderausgaben: Ehemann Arbeitnehmeranteil 10.991 DM Ehefrau Arbeitnehmeranteil 9.237 DM Kirchensteuer 1.053 DM	> Erwerbsausgaben: Ehemann Zukunftssicherung 6.880 DM Ehefrau Zukunftssicherung 5.781 DM Kirchensteuer 1.053 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 118.841 DM	> Zwischensumme: 227.373 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 195.373 DM
Steuer 2000 56.670 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 57.581 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerbelastung um	911 DM
--	---------------

Darstellung der Auswirkungen des „Karlsruher Entwurfs“ an Einzelfällen

Fall 12 verheiratet, ohne Kind

Jahr 2000	Karlsruher Entwurf
Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 145.247 DM > Werbungskosten: 17.044 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 125 Tage) 613 DM Arbeitsmittel 5.338 DM doppelte Haushaltsführung 11.093 DM Einkünfte nsA: 128.203 DM	Einkünfte nichtselbständige Arbeit <u>Ehemann:</u> > Bruttolohn: 145.247 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 11.198 DM > Werbungskosten: 16.431 DM davon Entfernung zur Arbeit (7 km, 125 Tage) 0 DM Arbeitsmittel 5.338P DM doppelte Haushaltsführung 11.093 DM Einkünfte nsA: 140.014 DM
<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 100.356 DM > Werbungskosten: 3.783 DM davon Entfernung zur Arbeit (16 km, 230 Tage) 2.576 DM Kontoführung 30 DM Arbeitsmittel 1.177 DM Einkünfte nsA: 96.573 DM	<u>Ehefrau:</u> > Bruttolohn: 100.356 DM AG-Anteil an Kranken- und Pflegeversicherung: 7.315 DM > Werbungskosten: 1.207 DM davon Entfernung zur Arbeit (16 km, 230 Tage) 0 DM Kontoführung 30 DM Arbeitsmittel 1.177 DM Einkünfte nsA: 106.464 DM
Zinseinkünfte: 0 DM	Zinseinkünfte: 80 DM
	sonstige steuerfreie Einnahmen: 2.252 DM
> Gesamtbetrag der Einkünfte: 224.776 DM	> Erwerbseinkünfte: 248.810 DM
> Sonderausgaben: Ehemann Arbeitnehmeranteil 0 DM Ehefrau Arbeitnehmeranteil 9.237 DM Haftpflicht/Unfallversicherung 752 DM Lebensversicherung 9.609 DM Kranken-/Pflegeversicherung 9.583 DM Steuerberatungskosten 1.790 DM Spenden 95 DM	> Erwerbsausgaben: Ehemann Zukunftssicherung 0 DM Ehefrau Zukunftssicherung 12.238 DM Haftpflicht/Unfallversicherung 0 DM Lebensversicherung 0 DM Kranken-/Pflegeversicherung 0 DM Steuerberatungskosten 0 DM Spenden 95 DM
> zu versteuerndes Einkommen: 118.841 DM	> Zwischensumme: 236.477 DM > Grundfreibetrag: 32.000 DM > zu versteuerndes Einkommen 204.477 DM
Steuer 2000 66.750 DM	Steuer „Karlsruher Entwurf“ 60.767 DM

Mit dem „Karlsruher Entwurf“ entsteht eine Steuerentlastung um 5.983 DM